Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 5

Artikel: Politischer Umsturz als Waffe im Kalten Krieg
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140571

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politischer Umsturz als Waffe im Kalten Krieg

Zu diesem Thema äußerte sich der *«New Statesman»* (12. Mai). In einer Welt, die sich infolge des Gleichgewichts nuklearer Abschreckung nicht mehr rühren kann, muß der Kalte Krieg unvermeidlich mehr und mehr mit den Waffen wirtschaftlichen Wettbewerbs, der politischen auf den Umsturz zielenden Intrige und der Spionage geführt werden. Auf all diesen Gebieten sind die Kommunisten im Vorteil. Wie soll der Westen diese Waffen einsetzen — und sich zugleich gegen sie schützen? Über das Vorgehen in der Wirtschaftssphäre hat sich der «New Statesman» schon immer deutlich genug ausgesprochen. Wo es sich um Umsturzbewegungen und Spionage handelt, ist ein Ausweg schwer zu finden.

Seit dem Ende der vierziger Jahre haben sich die USA ganz bewußt auf die Organisation von Umsturzmanövern verlegt. Die *Central Intelligence Agency* (CIA), der Informations- oder Spionagedienst, begnügt sich nicht damit, Nachrichten zu sammeln, sondern beschäftigt 20 000 Agenten (operatives) im Ausland. Die CIA erhebt den Anspruch, eine ganze Reihe von «anrüchigen» (shady) Erfolgen verzeichnen zu können, unter ihnen den Sturz von Mossadegh in Persien, den von Arbenz in Guatemala und *neuerdings die Erledigung Lumumbas im Kongo*. Zu den offensichtlichen Versagern der CIA, die Schande über den Westen gebracht und die Kriegsgefahr erhöht haben, gehören anderseits Laos, die U-2-Affäre und Kuba.

Es sprechen aber noch weit wichtigere Gründe als Erfolg oder Mißerfolg gegen solche Operationen. Einmal hat die Erfahrung gezeigt, daß wenn Nachrichtenagenturen dieser Art auch ihre eigene Politik machen, eingehende Informationen so zurecht gemacht werden, daß sie mit dem politischen Programm der Agentur übereinstimmen. Das Fiasko in Kuba bietet dafür ein klassisches Beispiel. Weiter war es unvermeidlich, daß Versuche der CIA, Regimes zu stürzen, die man linker Tendenzen verdächtigt — oder «zuverlässige» Rechtsregime an der Macht zu erhalten — dazu führten, daß der Westen mit den Vertretern widerwärtigster feudaler Reaktion identifiziert wurde. Die Folge ist, daß selbst in Ländern, wo es der CIA gelang, der Bevölkerung zeitweilig pro-westliche Regierungen aufzuzwingen, der kommunistische Einfluß auf lange Sicht verstärkt wird. Persien dürfte diese Gefahr bald illustrieren.

Schließlich schwächen CIA-Methoden die mächtigste Waffe des Westens: seine Entschlossenheit, die internationale Ordnung aufrecht zu erhalten. Dieser Wille gründet nicht allein auf moralischem Empfinden, er beruht auch auf gesundem Menschenverstand. Schließlich sind die Amerikaner in den Augen der Welt auch die kapitalmächtigsten Klassen der Welt, und *die oberste Aufgabe des Gesetzes ist der Schutz des Kapitals!* Wenn die Amerikaner dazu beitragen, internationale Gesetzesgeltung zu zerstören, so werden sie als erste unter

den Folgen zu leiden haben. Aus all diesen Gründen hat sich Mr. Kennedy daran gemacht, die Rolle der CIA zu überprüfen. Sicher ist er entschlossen, sie unter strengste präsidentielle Kontrolle zu bringen. Er täte gut daran, sie wieder auf ihre ursprüngliche Bestimmung einer bloßen Nachrichtensammelstelle zurückzuführen.

Aus einem «Offenen Brief» an Präsident Kennedy

Etwa 70 Professoren, meistens der Harvard Universität angehörend, veröffentlichten in der «New York Times» vom 10. Mai 1961 diesen geharnischten Protest gegen die Kuba-Politik ihrer Regierung. Nachstehend folgen einige Kernstücke aus ihrem offenen Brief:

Die Hauptthese der Kuba-Politik unserer Regierung lautet seit einem Jahr: Wir müssen Castro vernichten. Die Gefahr, die Castro darstellt, ist eindeutig. Durch Umsturz nach dem Beispiel Kubas wird sich diese Art sozialer Revolution über ganz Lateinamerika ausbreiten. Die Schuld wird bei uns liegen, denn viel größere Anstrengungen als wir sie bisher aufgebracht haben, sind nötig, um den Beweis zu erbringen, daß echte soziale Reformen mit demokratischen Einrichtungen vereinbar sind.

Jeder weitere Versuch, Castro zu stürzen, müßte den Terror in Kuba verstärken. Glaubt jemand, daß selbst nach einem «Sieg» über Castros Anhänger, eine freie Regierung aus diesem Kampf hervorgehen würde? Im besten Fall, selbst wenn es gelänge, Castro zu ersetzen, hätten wir uns selbst mehr Schaden zugefügt als dem internationalen Kommunismus.

Ihre Drohung, Herr Präsident, im Karibischen Meer ohne Rücksicht auf die Wünsche anderer amerikanischer Staaten, und in Verletzung der interamerikanischen Abkommen, den Willen der USA-Regierung durchzusetzen, hat weitherum den Verdacht erzeugt, daß die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik auf das Vorbild der sowjetischen Machtpolitik umstellen wollen. Weitere Intervention in Kuba wird unser Bekenntnis zur Vertragstreue Lügen strafen und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas weniger als je an unser Verständnis für sie glauben lassen.

In Übereinstimmung mit den Resolutionen des Protestmeetings an der Harvard Universität vom 26. April 1961 fordern wir, daß die USA-Regierung

1. sich von der gegenwärtigen Tendenz zu amerikanischer militärischer Intervention in Kuba radikal abwende;
2. keine weitere Invasion Kubas durch Exil-Kubaner unterstütze;
3. das Castro-Regime durch Einleitung einer diplomatischen Entspannung und eine Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen vom kommunistischen Block zu lösen trachte;